

2 Termine
Demos, Veranstaltungen ...

2 Vorratsdatenspeicherung
Schutz vor Überwachung

3 Terrorparagraf 129a,b
BGH-Urteil und Folgen

4 Antifaschismus
NS-Verherrlichung-stoppen

Editorial

Liebe Leserin, lieber Leser,

„hingehen, wo es weh tut“ möchte die diesjährige Berlinale erklärtermaßen – zumindest in einer der Reihen des Filmfestivals, der „Perspektive Deutsches Kino“. Dieser Anspruch könnte von uns stammen: auch wir wollen bei der diesjährigen Berlinale Themen aufgreifen, die gerne verdrängt werden. Sozialkritische Filme im Programm ändern nämlich nichts daran, dass bei dem Großereignis nicht über die prekäre Wirklichkeit hinter dem roten Vorhang gesprochen wird – über die Situation der PraktikantInnen, JobberInnen, Caterer und Putzleute, ohne die der Glamour nicht inszeniert werden könnte.

Die Filmbranche ist allerdings längst nicht das einzige Ziel unserer politischen Aufmerksamkeit in diesem Frühjahr: Es gibt Naziaufmärsche zu verhindern. Bei einer Konferenz von Polizei und Sicherheitsindustrie aus ganz Europa möchten sich die Stasi 2.0 mit ihren Lieferanten inszenieren. Und auch ganz praktisch sollten wir uns mit der zunehmenden Überwachung auseinandersetzen: Die Vorratsdatenspeicherung erfordert Vorsichtsmaßnahmen. Außerdem: Die absurden Terrorismusverfahren, mit denen 2007 willkürliche Verhaftungen und Razzien gegen Linke begründet wurden, sind immer noch nicht aus der Welt.

Zu all dem haben wir auf den nächsten Seiten etwas zu sagen. Noch nichts zu finden ist in dieser Ausgabe über das Thema Klima – dazu diskutieren wir gerade, wie eine Intervention von links in die öffentliche Auseinandersetzung aussehen könnte.

Wir sehen uns auf der Straße: Zum Beispiel am 29. Januar bei der Demo gegen den Europäischen Polizeikongress. Mehr Termine findet ihr auf Seite 2.

Die Redaktion

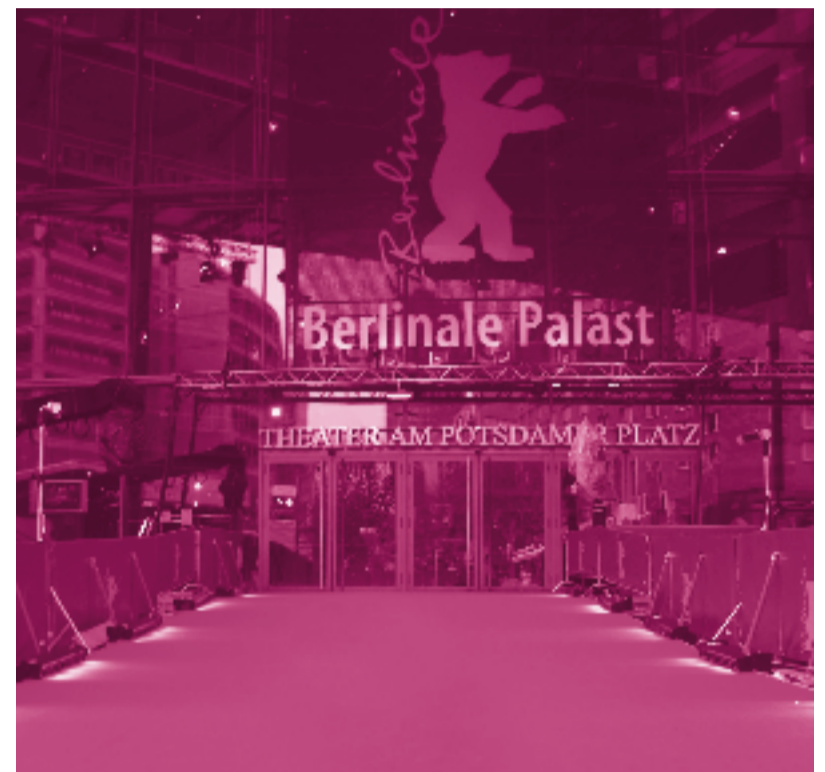
Die heiße Phase

Er hat dicke Ringe unter den Augen an diesem eisigen Mittwoch Nachmittag vor dem Bürogebäude der Internationalen Filmfestspiele Berlin. Viel zu tun habe er gerade, immerhin beginne jetzt die heiße Phase der Berlinale-Vorbereitungen. Die Rede ist von Wolfgang Janßen, der Administration Manager in der Festspielleitung – sowas wie der Personalchef der Berlinale. Wer wir denn seien, will er wissen, und was es mit dem prekären Glücksrad auf sich habe.

Eine Praktikantin in der Presseabteilung dreht am Rad. „Was würdest Du tun, wenn Du Dieter Kosslick, der Chef der Berlinale, wärst?“ „Ich würde die ganzen Praktikastellen bei der Berlinale in vernünftige Jobs umwandeln. Sowas wie studentische Hilfskraftstellen oder so. Mein Job ist ja ganz spannend, aber eine Freundin arbeitet hier auch als Praktikantin – Vollzeit, ganz normale, langweilige Verwaltungssachen. Und zumindest für sowas müsste man auch richtig bezahlt werden.“ Sie dreht noch einmal am Glücksrad. Es bleibt auf einem Hauptgewinnfeld stehen. „Und was habe ich jetzt gewonnen?“ Zur Auswahl steht eine Augenfalten-Creme mit Anti-Stress-Effekt, T-Shirts des Euromayday, ein paar Bücher. Am Ende entscheidet sie sich für eine DVD mit globalen Streifzügen durch prekäre Alltage.

Die Website unserer Kampagne „Mir reicht's... nicht“ hat sich Janßen angesehen. Alle Angestellten würden nach Tarif bezahlt, wenn auch in den meisten Fällen natürlich nur befristet für ein bis drei Monate. Ja, und das mit den PraktikantInnen, das ginge eben nicht anders. An Kooperation sei ihm gelegen. Nein, und Glücksrad spielen wolle er nicht. Die heiße Phase eben.

Auf der anderen Straßenseite im Sony-Center ist das Cinestar. 5,50 € die Stunde bekommen die Angestellten. Selbst Toilettenpausen müssen organisiert und mit den KollegInnen abgesprochen werden. Die Kartenabreiferin hält inne. „Da kommt einer der Chefs. Warte mal kurz.“ Sie erklärt: „Der Chef will nicht, dass wir über unsere Arbeitsbedingungen reden. Auch wenn es nicht viel ist, brauche ich das Geld von dem Job hier. Wir



haben hier alle keine richtigen Verträge und wenn du Stress mit dem Chef hast, wirst Du einfach nicht mehr für Schichten eingeteilt und bist raus.“

Moritz ist im Betriebsrat bei Cinemaxx. Er führt uns danach weiter durch die Hochhausschluchten am Potsdamer

Platz, das Herz der Berlinale. Das Film-lager in der Voxstraße, das Cinemaxx neben dem Cinestar, eine andere große Spielstätte der Berlinale 08 und natürlich der Berlinale-Palast, wo ab dem 7. Februar der rote Teppich ausgerollt wird. [Fortsetzung auf Seite 2]

Die Militärisierung der Sozialen Frage

Anmerkungen zum 11. Europäischen Polizeikongress

Vom 29. bis 30. Januar treffen sich, finanziert vom europäischen Luftfahrt- und Rüstungskonzern EADS und dem Softwareunternehmen SAP, Nachrichtendienste, Polizeiführer, Politiker und Sicherheitsindustrie zum 11. Europäischen Polizeikongress in Berlin. Der Kongress versteht sich gleichzeitig als Messe für Überwachungs- und Sicherheitstechnologie. Während er in der Vergangenheit in der Bewegungslinke keine Aufmerksamkeit bekommen hat, sind dieses Mal Proteste geplant, die nicht nur neue Ermittlungsmethoden und Überwachungsmaßnahmen, sondern auch den Beitrag des Kongresses zum Paradigmenwechsel in der Sicherheitspolitik thematisieren.

Armut und Ausbeutung breiten sich aus

Ausgangspunkt der neuen Sicherheitspolitik sind globale, wirtschaftliche und demographische Verschiebungen und die damit einhergehende Polarisierung in Arm und Reich innerhalb eines Ortes. Das Verhältnis von Peripherie und Zentrum verliert an Eindeutigkeit. So gibt es bereits heute in Spanien, Portugal und Italien slumähnliche Ansiedlungen oder müssen Menschen in London in Sweatshops arbeiten, wie sie sonst nur aus Ländern des Südens bekannt sind.

Gleichzeitig kommt es weltweit zu einer beschleunigenden Urbanisierung, die zu einer massiven Zunahme von Slums und der mit ihnen verknüpften Lebensweisen führt. Armut verbunden mit rechtlicher Unsicherheit, sozialer Perspektivlosigkeit und Kriminalisierung von Seiten des Staates betrifft immer größere Teile der Weltbevölkerung.

Statt in der öffentlichen Diskussion die Armut in den Vordergrund zu stellen, wird der permanente Ausnahmezustand auf Grund der demgegenüber geringeren Gefahr von terroristischen Anschlägen ausgerufen.

Arme statt Armut bekämpfen

In den Sicherheitskonzepten ist ein Paradigmenwechsel von militärischer Verteidigung zu einem erweiterten Begriff

von Schutz zu konstatieren. Im Gegensatz zur Verteidigung findet hier der Schutz nicht an der Grenze statt, sondern - als Schutz der Energieversorgung - weit jenseits und als Schutz kritischer Infrastrukturen feingliedrig auch innerhalb der Grenzen. Es wird kein aktivierender Angriff zum Handeln mehr benötigt: Schutz findet präventiv statt. Auch ein Beschränken auf ein militärisches Gegenüber wird nicht mehr gebraucht, sondern der Schutz umfasst ebenso terroristische, biologische, klimatische und auch – betrachtet man „Integrationspolitik“ als Terrorismusprävention – kulturelle Gefahren.

In der Praxis weisen Länder wie Brasilien mit extremen Einkommensgegensätzen mit ihrer Sicherheitspolitik die Richtung, in deren Zuge die Polizei militärisch hochrüstet oder gleich Militär in den Favelas einsetzt wird. Zukünftig wird die repressive militärische Konfliktverwaltung zunehmen. Die Trennung zwischen innerer und äußerer Sicherheit wird immer undeutlicher. Erste Beispiele für militärisches Vorgehen im Inneren gibt es bereits in Europa: bei Banlieue-Aufständen in Frankreich wurden Aufklärungsdrohnen eingesetzt und während des G 8 in Deutschland kamen Aufklärungsflüge durch Tornados zum Einsatz. Gleichzeitig lösen sich herkömmliche Kategorien wie Krieg und Frieden, Terrorist, Kom-



battant und Zivillist, Peacekeeping und Katastrophenschutz auf. Dieser Logik folgend wurden zur Polizeikonferenz als Referenten Militärs eingeladen, die ihre Erfahrungen aus Auslandseinsätzen in Bosnien-Herzegowina oder Afghanistan einbringen werden.

Migration als Sicherheitsproblem

Auch „illegale“ Migration wird als Sicherheitsbedrohung analysiert. Eine immer wichtigere Rolle spielt dabei die von

der EU als Teil ihres Abschottungssystems eingerichtete Grenzschutzagentur Frontex, in der Militärs und Grenzschutzpolizei zusammenarbeiten. Auf der Polizeikonferenz sind dem Thema gleich zwei Veranstaltungen gewidmet.

Wir wollen diese Politik nicht mehr hinnehmen und rufen deshalb zur Beteiligung an den Protesten gegen die 11. Europäische Polizeikonferenz auf.

Weitere Infos unter:
<http://euro-police.noblogs.org>

Wir FeS

Für eine linke Strömung (FeS) ist eine Berliner Gruppe, die sich seit 1991 um die Weiterentwicklung linksradikaler Politik bemüht. Wir arbeiten in verschiedenen themenbezogenen Arbeitsgruppen: kontinuierlich bestehen die Themen-AGs Antifa, Internationale Solidarität, Soziale Kämpfe. Eine vierte AG gibt etwa dreimal im Jahr die Zeitschrift arranca! heraus. FeS beteiligt sich regelmäßig an regionalen und überregionalen Bündnissen, zum Beispiel am Block-G8-Bündnis, an der Kampagne „NS-Verherrlichung stoppen“, am Mayday-Bündnis und an der Kampagne gegen Lager. Außerdem sind wir Teil der Interventionistischen Linken, eines bundesweiten antikapitalistischen Netzwerks.

Wir sind eine offene Gruppe und freuen uns über neue Leute.

fels@nadir.org
www.fels-berlin.de

FeS c/o Schwarze Risse
Gneisenaustr. 2a
10961 Berlin

Termine



27.01.

Internationaler Holocaust-Gedenktag. Jahrestag der Befreiung des KZ Auschwitz

28.01.

Flucht und Folgen. Ein Blick auf Fluchtbedingungen und Fluchtgründe mit dem Fokus auf den Staat Senegal. Veranstaltung der Chipkartenini im Rahmen der Kampagne de*fence.

19:00 Morgenrot Kastanienallee 85

29.01.

Sicherheit kostet Freiheit. Demonstration gegen den Europäischen Polizeikongress

15:30 Unter den Linden / Friedrichstr.

29.01.

Offener FeIS-Stammtisch. Immer am letzten Dienstag im Monat im Tante Horst.

20:00 Tante Horst, Oranienstr. 45

09.02.

Betriebliche Kämpfe und Perspektiven antikapitalistischer Intervention. Workshop der Gruppe Soziale Kämpfe und der Internationalen KommunistInnen im Rahmen des Mayday-Bündnisses.

14:30 Haus der Demokratie, Greifswalder Str. 4

09.02.

Demonstration gegen die Münchener NATO-Sicherheitskonferenz.

16:00 Marienplatz, München

09.02. - Berlinale 2008

Mir reicht's... NICHT! Gala der prekären Perspektiven. Berichte, Lesungen und Filmkunst über den Widerstand gegen den prekären Alltag. Mit VertreterInnen der Writers Guild of America (USA), Intermittents du Spectacle (FR), Berlinale-Beschäftigten und Filmschaffenden.

20:00 Roter Salon, Rosa-Luxemburg-Platz

15.02. - Berlinale 2008

Berlinale 2008: Mir reicht's... NICHT!

Party gegen den prekären Alltag

22:00 Festsaal Kreuzberg, Skalitzer Str. 130

16.02.

Gemeinsam blockieren - den Nazis keinen Zentimeter! Naziaufmarsch verhindern.

10:00 Dresden, Altmarkgalerie/Seestr.

25.02.

Frontex und die Militarisierung des EU-Grenzregimes. Veranstaltung der Chipkartenini im Rahmen der Kampagne de*fence.

19:00 Morgenrot, Kastanienallee 85

26.02.

Offener FeIS-Stammtisch. Immer am letzten Dienstag im Monat im Tante Horst.

20:00 Tante Horst, Oranienstr. 45

März

Kein Naziaufmarsch in Halbe

18.03.

Aktionstag für die Freiheit der politischen Gefangenen

25.03.

Offener FeIS-Stammtisch. Immer am letzten Dienstag im Monat im Tante Horst.

20:00 Tante Horst, Oranienstr. 45

25.04. - 27.04.

Für eine Linke, die dazwischengeht: Zweite offene Arbeitskonferenz der Interventionistischen Linken, Marburg

01.05.

Mayday-Parade

Impressum

Herausgeberin und V.i.S.d.P.:

S. Schmidt
Gneisenaustr. 2a
10961 Berlin

Die heiße Phase

[Fortsetzung von Seite 1]

Hier inszeniert sich Berlin im auf die Stars und Sternchen hereinprasselnden Blitzlichtgewitter als weltoffener und aufregender Kulturschauplatz. Arm, aber sexy eben.

Und dann... dann gibt es natürlich noch die unzähligen FilmemacherInnen. Viele mit guten Filmen, viele jung, manche mit politischem, viele mit künstlerischem Anspruch und noch mehr ganz schön dolle prekär. Von einem Projekt zum anderen, Klinken putzen, Netzwerke knüpfen, Anträge schreiben, Organisationstalent sein müssen, noch besser Multitalent, was zu sagen haben, was rüber bringen und bei all dem Stress am besten noch klar kommen. Mal reicht die Kohle, mal flattern Förderungszusagen nur so in den Briefkasten, es gibt Props von überall und dann... dann ist wieder Ebbe, Durststrecke, kein Geld für die Monatskarte und bloß nicht erwischen lassen in der U-Bahn und all sowas. Und dann... dann kommt einmal im Jahr die Berlinale. Ob akkreditiert oder, noch besser, sogar im offiziellen Programm. Sehen und gesehen werden, drei Minuten berühmt sein, bei arte zum Beispiel, und für manche, ganz wenige: der Durchbruch.

Ganz schön unterschiedliche Plots und Geschichten. Unterschiedlichste Lebensrealitäten und Subjektpositionen. Ganz schön viel Tristesse, Glamour und Unsichtbarkeit.

In Frankreich hat es vor einigen Jahren schon mal gefunkt. Gemeinsam legten 2003 Licht- und TontechnikerInnen, BühnenbildnerInnen, SchauspielerInnen, Theater- und Filmema-

cherInnen einen Festivalommer lahm und vereitelten so letztlich erfolgreich einen Angriff der Regierung Chirac auf die Sozialversicherungsansprüche von KulturarbeiterInnen. Und: die Artikulationen und Forderungen blieben nicht im Partikularen des Kulturbereichs stecken. Im Slogan „Was wir verteidigen, verteidigen wir für alle“ drückt sich der gesamtgesellschaftliche Anspruch der „intermittents du spectacle“ aus. Ihnen geht es nicht nur um ein garantiertes Einkommen im Kulturbereich. Allen soll ein solches Einkommen, das ein würdevolles Leben ermöglicht, zustehen – auch und gerade bei diskontinuierlichen Erwerbsverläufen.

Davon, sich wie die intermittents in Frankreich als handlungsfähiges politisches Subjekt zu artikulieren und zu kämpfen, sind die KulturarbeiterInnen in Deutschland weit entfernt. Die KulturarbeiterInnen in Frankreich haben sich auf eine Reise begeben. Im Zentrum stehen dabei die Fragen, wie aus den mannigfaltigen Ich's, den PraktikantInnen, den FilmemacherInnen etc., bei aller Differenz ein Wir werden kann und wie dieses immer kontingente und potentiell ausschließende Wir mit dem gesellschaftlichen Alle zum schwingen und tanzen gebracht und somit handlungsfähig werden kann.

Mit ähnlichen Fragen hat sich auch der Euromayday als Bewegung der Prekären am 1. Mai 2001 in Mailand auf eine Reise begeben. Dieser Suchprozess hat ausgestrahlt: Barcelona, Ljubljana, Wien, Kopenhagen, Thessaloni-

ki... auch in Hamburg und Berlin ist die Bewegung mittlerweile angekommen. Auf der Suche nach Antworten auf diese drängenden Fragen, auf der Reise ist die Bewegung immer noch.

Aus dem Euromayday ist die Idee zu „Mir reicht's... nicht“ entstanden. „Mir reicht's... nicht“ kann und will sicher bei einer solchen Reise kein Reiseführer sein. Außer Fragen haben wir nicht viel anzubieten. Dennoch taugt die Berlinale für gemeinsame Reiseplanungen. Dennoch wollen wir versuchen auch und gerade während der Berlinale Räume zu schaffen und zu erkämpfen, in denen solche Fragen gestellt und vor allem kollektiv bearbeitet werden können. Der Hauch einer neuen politischen Zusammensetzung, neue Verbindungen und vielleicht irgendwann kollektive Praxen, die das Zeug haben, Wirklichkeit zu verändern. Prekarisierung als Ausgangspunkt. Die Berlinale als Experiment und Experimentierfeld. Stellt Euch vor: vielleicht noch nicht bei der Berlinale 08 aber dann 2009: das prekäre Bodenpersonal, Laptop und Wischmop, die PraktikantInnen, die Caterer, die FilmvorführerInnen, die KartenabreißerInnen und die FilmemacherInnen streiken, die prekäre Wirklichkeit unter dem roten Teppich tritt machtvoll zu Tage, Kosslick und Janßen drehen am Rad – die heiße Phase eben...

FeIS – Für eine linke Strömung (FeIS ist bei „Mir reicht's... nicht“ und beim Euromayday beteiligt)

Es ist Vorratsdatenspeicherung – und jetzt?

Die Situation ist bekannt: Ab 1. Januar werden sämtliche Verbindungsdaten sechs Monate lang gespeichert – einerseits Telefonverbindungen einschließlich Internet-Telefonate und versendete SMS, mit Nummer, Uhrzeit, Dauer und bei Handys einschließlich der Standorte der Teilnehmer und der Gerätenummern (IMEI). Gespeichert wird auch, wann mit welcher IP-Adresse Internetverbindungen aufgebaut werden (die IP-Adresse bekommt ein Rechner zugewiesen, wenn er mit dem Internet verbunden wird). Und es wird gespeichert, wann an welche Adresse Mail versandt wurde.

Das bedeutet: Soziale Netzwerke werden aktenkundig. Ohne besondere Maßnahmen kann nachvollzogen werden, wer mit wem, wann, wo und wie oft kommuniziert.

Für die radikale Linke sind solche Überwachungsmaßnahmen nicht neu. Im Zuge von 129a-Verfahren beispielsweise kam es immer wieder in großem Stil zu entsprechenden Überwachungsmaßnahmen, mit zusätzlicher Überwachung der Inhalte. Derartige Maßnahmen brauchen jetzt kein schon vorher schwebendes Gerichtsverfahren mehr, jedenfalls soweit es um die Verbindungsdaten geht.

Was tun?

Empfehlenswert ist einerseits „Altmodisches“. Zum Beispiel die - im Vergleich zu Mail - deutlich schwerer zu überwachende Briefpost oder persönliche Treffen. Mobiltelefone kann man gut mal zu Hause lassen - auch wenn das von den Ermittlungsbehörden neuerdings als verdächtiges Verhalten ausgelegt wird. Ansonsten kann man sein Telefon auch ausschalten. (Übrigens: Der Austausch von SIM-Karten ändert nichts an der Geräte-Seriennummer, die das Handy ständig rumfunk und die jetzt auch



vorrats gespeichert wird. Man sollte sich zur Guthabenkarte also gleich ein günstiges Handy gönnen, wenn es denn anonym sein soll.)

Dann gibt es ein paar technische Maßnahmen, die die Überwachung erschweren können: *Mixmaster-Remailer* und *GnuPG* für den Mailverkehr und *TOR* für die Web-Nutzung. Einen empfehlenswerten Einstieg in Sachen *GnuPG* und *TOR* gibt die *CryptoCD*, dort sind die nötigen Programme mit einer guten Anleitung zusammengefasst.

TOR, „The Onion Router“, ist ein Programm, das sich zwischen Webbrowser und Internet schalten lässt und den Datenverkehr durch mehrere Zwischenstationen anonymisiert. So kann man sich dagegen schützen, beim Internetsurfen über seine IP-Adresse identifiziert zu werden.

Man kann auch Chatprogramme dazu bringen, *TOR* zu verwenden (Link siehe Infokasten). Die *CryptoCD* empfiehlt für verschlüsseltes Chatten das Programm *Pidgin*. Empfehlenswert zum Chatten ist das *SILC-Netzwerk*.

Software für *Remailer* ist auf der viel gelobten *CryptoCD* leider nicht enthalten, ver-

mutlich weil es in diesem Bereich noch keine entsprechende Standardsoftware gibt. *Remailer* verschicken Mails verschlüsselt und anonymisiert über mehrere Zwischenstationen. Stand der Technik sind *Mixmaster-Remailer* (siehe im Infokasten verlinkte Wikipedia-Artikel). Für *Windows-User* wird häufig das Programm *Quicksilver* empfohlen (Links siehe Infokasten). Als sicherheitsbewusster Mensch sollte man die Nachricht zuerst mit *GnuPG* für den Adressaten verschlüsseln – die *Remailer* verschlüsseln sie nur für die Übertragung untereinander, nicht für die „letzte Meile“ zum Empfänger.

Die Verschlüsselung von Mails mit *GnuPG*, dem „Gnu Privacy Guard“, ist immer empfehlenswert. Einiges spricht auch dafür, Nachrichten zu signieren, um sicherzustellen, dass sie tatsächlich vom Absender kommen. Das gilt auch dann, wenn die Nachrichten über einen *Remailer* äußerlich anonymisiert werden – dann sollte man die Nachricht aber erst signieren und dann das Ergebnis verschlüsseln, damit der Absender nicht doch wieder für Außenstehende erkennbar wird. Die entsprechende Software ist auf der *CryptoCD* enthalten.

CryptoCD

Enthält empfehlenswerte Programme und Anleitungen zur Verschlüsselung in unterschiedlichen Anwendungsfällen:

Mail

Thunderbird (Mail-Programm) + GnuPG + Enigmail (integriert GnuPG in Thunderbird)

Chat

Pidgin (Chat-Programm) + Pidgin-Encryption (Verschlüsselung für Pidgin)

Surfen

Tor (Anonym Surfen) + Vidalia (Kontroll-Oberfläche für Tor) + Torbutton (Schnittstelle zwischen Firefox und To)

Download: www.cryptocd.org

Weitere Links

Remailer

Quicksilver: www.quicksilvermail.net
Anleitung: hp.kairaven.de/quick/
Wikipedia: de.wikipedia.org/wiki/Remailer
de.wikipedia.org/wiki/Mixmaster_Remailer

Chat

TOR beim Chatten verwenden:
<https://wiki.torproject.org/noreply/TheOnionRouter/TorifyHOWTO/>
InstantMessaging
Sicheres Chatten: www.silcnet.org



BKA wegtreten! Verfassungsschutz auflösen! Mit Sicherheit nicht schlecht: Soziale Rechte weltweit erkämpfen!

Es ist schon bitter, wenn man sich inzwischen über die Umsetzung geltenden Rechts freuen muss. Mit der Entscheidung des Bundesgerichtshofs (BGH) von voriger Woche, nach der die Anschläge der „Militanten Gruppe“ (mg) nicht nach der aktuellen Fassung des §129a verfolgt werden können, ist ein Teilerfolg errungen. Die Haftbefehle gegen Axel H., Florian L. und Oliver R. mussten ausgesetzt werden. Die Solidaritätsarbeit war erfolgreich! Nach den ersten Wochen war nicht zu erwarten das der öffentliche Druck groß genug sein würde, um die Anschuldigung nach §129a zu kippen. Die Konzentration auf den „Terrorparagrafen“ §129a und eine breite Öffentlichkeitsarbeit war richtig und effektiv. Erst diese hat die durch das BGH formulierte Auslegung ermöglicht. Der öffentliche Druck war groß genug das der Kompromiss, den Rot-Grün bei der Reform des Paragrafen 129a formulierte, nicht im Sinne von sicherheitspolitischen Hardlinern ausgelegt wurde. Die geradezu irrsinnige Praxis der Verfolgungsbehörden, die mit zur breiten Solidarisierung beitrug, und die politische Ausrichtung des zuständigen Strafsenats taten den Rest.

Aber nach wie vor gilt: Paragraf 129, 129a etc. abschaffen! Plus: BKA wegtreten und Verfassungsschutz auflösen!

Der Teilerfolg bleibt jedoch ambivalent: Die Betroffenen wurden aufgrund der Sonderhaftbedingungen und den Folgen der Überwachung nachdrücklich und gezielt geschädigt. Des weiteren wird das Verfahren nach §129 weitergeführt, statt lediglich wegen versuchter Sachbeschädigung. Mit dem BGH-Urteil und der Verfolgung nach §129 hat sich zwar der Spielraum verändert, die Logik bleibt die gleiche. Der Paragraf kommt aus der gleichen Tradition wie der §129a. Das zeigt nicht zuletzt ein Blick auf die Geschichte der Verfolgung der KPD, von Teilen der Frauenbewegung und der Häuserkämpfe im Rahmen dieses Gesinnungsparagrafen: Er macht es möglich, Lücken in der Beweisführung mittels unterstellter kollektiver Willensbildung und Handlungsfähigkeit zu überbrücken und ermöglicht ohne den Grundsatz der Unschuldsvermutung zu ermitteln, zu konstruieren und schließlich zu kriminalisieren. Schon allein deswegen ist klar: Alle Verfahren gegen vermeintliche mg-Mitglieder sowie alle weiteren 129a-Verfahren gegen linke AktivistInnen und AntimilitaristInnen müssen sofort eingestellt werden!

Im Rahmen der Repression und Überwachungsmaßnahmen in allen laufenden Verfahren nach §129a ist eine unüberschaubare Masse an Daten und Informationen über linke und alternative Strukturen gesammelt worden. Auffällig ist in allen Verfahren die Initiative des Verfassungsschutzes, der das BKA mit Informationen versorgt und vor sich her treibt. Dies zeigt erneut, wie geheimdienstliche Strukturen selbst rechtsstaatliche Verfahren systematisch aus-

hebeln und unterminieren. Die Trennung von Polizei und Geheimdienst aufgrund der historischen Erfahrungen im Nationalsozialismus wird zunehmend aufgelöst. Die Vorkommnisse der letzten Monate haben ein weiteres Mal gezeigt das es in Deutschland nicht selbstverständlich möglich ist, über Emanzipation und die adäquaten Mittel zu streiten, sich zu assoziieren und politischen Widerstand und Gegenmacht zu organisieren. Die politisch richtige Forderung bleibt deshalb die Auflösung des Verfassungsschutzes!

Ebenso skandalös ist die Praxis der RichterInnen, die immer wieder die weitreichenden Durchsuchungs- und Überwachungsmaßnahmen seit dem 9. Mai - und auch schon davor - abgesegnet haben. Auch hier hat sich eine juristische Praxis eingeschliffen, die selbst den eigenen Anspruch des deutschen Rechtsstaates Lügen straft. RichterInnen unterschreiben eben, was ihnen vorgelegt wird. Auch wenn die Vorwürfe noch so grotesk sind und Menschen unter Sonderbedingungen für Wochen im Knast verschwinden! Diese Praxis wurde nun sogar vom BGH für rechtswidrig erklärt. Damit wies er nach den Entscheidungen im mg-Verfahren die BAW (Bundesanwaltschaft) ein weiteres Mal zurecht.

Auch vor dem Hintergrund weiterer rechtlicher und politischer Verschärfungen bleibt das Urteil des BGH mehr als ambivalent: Das Gesetz zur Vorratsdatenspeicherung wurde beschlossen, die Paragrafen 129 c und 129 d (Verfolgung von „Terror-Vorbereitungen“ und Einzeltätern) sind geplant und die Landesinnenminister wollen die Werbung für terroristische Vereinigungen wieder unter Strafe stellen. Innenminister Schäuble macht mit ständigen Tabubrüchen Politik und treibt neben der Online-

Durchsuchung die autoritäre und präventive Ausrichtung der Sicherheitspolitik voran. Wie außer Rand und Band das BKA inzwischen ermittelt, zeigen die Überwachung von JournalistInnen und die Kontrolle der Post bei vier Tageszeitungen.

Und die jüngsten Razzien bei Mitgliedern der türkisch/kurdischen TKP/ML im Rahmen des rassistischen §129b (Verfolgung ausländischer krimineller oder terroristischer Vereinigungen) in mehreren deutschen Großstädten zeigen, dass die Behörden nach ihrer Niederlage im „mg-Verfahren“ die Repression gegen Linke keineswegs einschränken werden. Auch der §129b muss weg!

Trotz der Entscheidung des BGH - keine Entwarnung!

Fast nie meinen die politischen Eliten mit „Sicherheit“ einen gesellschaftlichen Zustand, der es allen Menschen ermöglicht ein gutes Leben zu führen. Ihre Strategie und ihr Angebot reduziert sich auf ein Sicherheitsangebot von Kameraüberwachung über Fingerabdruck-Pässe bis zu Tornado-Abfangjägern. Diese innere Aufrüstung wird mit einer vermeintlichen Terrorgefahr und durch tagtäglich geschürte Panikmache legitimiert und bedeutet für uns weit reichende Einschränkung von Bürgerrechten, Abbau von rechtsstaatlichen Standards und Zerschlagung sozialer Sicherungen und Errungenschaften. Nach der tendenziellen Stilllegung der Klassenkämpfe und den gesellschaftlichen Auseinandersetzungen durch soziale Zugeständnisse bis in die 1970er Jahre, folgt nun die Strategie der autoritären Einbindung und der Individualisierung. In der Arbeitsagentur werden neuerdings KundInnen verwaltet und zu Verrenkungen jedweder Art aufgefordert. Von Zeiten in denen BürgerInnen Rechte und Ansprüche geltend machen konnten ist nicht mehr viel geblieben,

stattdessen halten marktkonforme Leitbilder Einzug in immer mehr gesellschaftliche Bereiche. Sicher ist vielen hierbei nur die tagtägliche Gewissheit unter prekären Verhältnissen leben zu müssen.

Zur Demonstration gegen diese autoritäre Formierung, die Vorratsdatenspeicherung und Paragraf 129a am 22. September haben wir es schon zusammen mit den anderen Gruppen des Berliner MayDay-Vorbereitungskreises als Motto vor uns hergetragen und wir wiederholen uns gerne: Mit Sicherheit nicht schlecht - Globale soziale Rechte statt Überwachungsstaat! Denn solange nicht alle ökonomisch unabhängig sind, sich ohne Passkontrollen frei bewegen können, ohne Angst vor Praxisgebühr und Kostenfalle zur Ärztin gehen können, etc. solange ist der Weg in eine emanzipierte Gesellschaft nicht in Sicht. Um sich von den Maßnahmen der Herrschenden nicht fortwährend in die Ecke drängen zu lassen und sich in Abwehrkämpfen zu verlieren, ist es nach wie vor nötig, linke Politik mit der Perspektive einer besseren Welt zu verknüpfen: Für ein schönes und selbst bestimmtes Leben jenseits von Angst und Kontrolle! Globale soziale Rechte weltweit erkämpfen!

FeS, Dezember 2007

Solidarität in Form von Geldspenden ist weiterhin bitter nötig: Neben mehreren tausend Euro Anwaltskosten, Verdienstauffällen von mehreren Monaten, den Kosten der alltäglichen Unterstützungsarbeit, legten die BGH-Richter nun eine Kautions von 90000 Euro fest. Deshalb wird nach wie vor dazu aufgerufen, zur Unterstützung der Betroffenen zu spenden. Die Kontonummern finden sich auf <http://einstellung.so36.net>.

■ NS Verherrlichung stoppen – 2008

Alljährlich im Februar beginnt in Dresden der Reigen der Nazi-Großveranstaltungen. Dieser Nazi-Pflichttermin, bei dem vorgeblich den Toten der alliierten Bombardierung Dresdens im Februar 1945 gedacht werden soll, ist mittlerweile zum größten bundesweiten Aufmarsch geworden. Er dient - wie auch die Aufmärsche in Halbe, das Gebirgsjägertreffen in Mittenwald und die Aufmärsche zum Todestag von Rudolf Hess dazu, Traditionslinien zum historischen Nationalsozialismus zu schaffen.

Letztes Jahr sind die Naziaufmärsche in Dresden, Wunsiedel und Halbe für die Nazis ausgesprochen schlecht gelaufen. Wir rufen dazu auf, auch in diesem Jahr an diese antifaschistischen Erfolge anzuknüpfen.

Am 13. Februar 2007 fand in Dresden die jährlich durch die Junge Landsmannschaft Ostdeutschland (JLO) angemeldete Nazi-Großdemonstration



statt. Aufgrund des Termins in der Woche sammelten sich „nur“ 1800 TeilnehmerInnen. Durch vielfältige antifaschistische Aktionen und Blockaden geriet dieser Aufmarsch für die Nazis letztes Jahr zum Desaster.

Auch das neonazistische Gedenken an den Hitlerstellvertreter Rudolf Hess fiel zu seinem zwanzigsten Todestag sehr dürrig aus. Trotz großspurig angekün-

digter „Aktionswochen“ ist es den Neonazis nicht gelungen an ihre Mobilisierungserfolge der Jahre 2001 bis 2004 anzuknüpfen. Mit den traditions- und identitätsstiftenden „Trauermärschen“ in Wunsiedel hatten die diesjährigen neonazistischen Aktivitäten kaum etwas gemein.

Das Heldengedenken in Halbe am Vorabend des Volkstrauertag wurde von

Christian Worch sang- und klanglos abgesagt. Sind die Zeiten vorbei, in denen an die 1500 Nazis mit schwarzen Fahnen, Trommeln und mobilem Fahnenmast, begleitet von klassischer Musik, zum Waldfriedhof in Halbe marschierten? Ist der jämmerliche Haufen von Neonazis, der es am 17.11.2007 wagte vor dem Kapitulationsmuseum in Berlin/Karlshorst zu demonstrieren, der klägliche Abgesang

auf die ekelhafte Verherrlichung des Nationalsozialismus in Halbe?

Die Nazis brauchen für die Verherrlichung des Nationalsozialismus Orte wie Halbe, Dresden und Wunsiedel. Offenbar lässt die Mystifizierung von Leichen auf deutschen Soldaten und SS-Friedhöfen in ihren Hirnen volksgemeinschaftliche Machtphantasien und Judenhasse wieder auferstehen.

Aus diesem Grund werden die Nazis so schnell nicht aufgeben. Nach dem Misserfolg im Jahr 2007 werden die Nazis am 16. Februar 2008 wieder am Wochenende durch Dresden marschieren, wozu mehrere tausend Nazis erwartet werden. Auch in Halbe ist noch nicht „Entwarnung“ angesagt, denn Christian Worch versucht seit einiger Zeit die Naziszene auf den März umzuorientieren.

Wenn im März Neonazis wieder versuchen wollen in Halbe aufzumarschieren, werden wir da sein und ihnen in ihre braune Suppe spucken.

Achtet auf Ankündigungen! Deutsche Täter sind keine Opfer! NS-Verherrlichung stoppen!

Ratschläge – Antwort auf die Situation der antifaschistischen Bewegung?

Blättert man ältere Ausgaben antifaschistischer Zeitschriften durch, so gewinnt man leicht den Eindruck, die Diskussionen um den Zustand der Bewegung entwickelten sich kaum weiter. Da wird Kontinuität angemahnt, mehr Abgrenzung (oder mehr Öffnung, je nach Intention des Textes) gefordert und „die Organisationsfrage“ gestellt. Diese Form der in der Regel folgenlosen Selbstermahnung sollte bei einem „Ratschlag antifa-

schistischer Gruppen“ im Dezember 2007 durchbrochen werden. Statt sich nur irgendwie zu vernetzen, sollten in mehreren Arbeitsgruppen Themen wie „Antifa und Jugendkult“, „Praxisformen“ und „Strategiebestimmung“ bearbeitet werden. Ziel der Gruppe FeLS, die mit „Avanti“ aus Norddeutschland zu dem bundesweiten Treffen eingeladen hatte, war (und bleibt) es, gemeinsam mit anderen Gruppen einen Prozess der Neu-

orientierung antifaschistischer Politik einzuleiten. Dass so ein Vorhaben nicht einfach werden würde, war absehbar: Schon der als Bestandsaufnahme konzipierte Block stellte sich als umfangreicher als geplant heraus. Hinzu kam, dass der Diskussionsstand der teilnehmenden Gruppen bei den besprochenen Themen sehr unterschiedlich ist.

Ohne der gemeinsamen Auswertung vorgreifen zu wollen, lässt sich den-

noch sagen, dass alle zum Ratschlag gekommenen Gruppen die Unzufriedenheit mit der bestehenden Situation teilen und auf der Suche nach Wegen zur Veränderung sind. Ob die Ratschlag-Initiative von FeLS inhaltlich und praktisch mehr bringt als ein paar Texte in einschlägigen Zeitschriften wird die Zukunft zeigen. Eine Neuorientierung antifaschistischer Politik muss und kann nur ein Projekt vieler Engagierter sein.

Termine // Dresden

13.02.08 & 16.02.08

Wir wollen: Gemeinsam Blockieren - Den Nazis keinen Zentimeter!
www.nazis-blockieren.tk

Sa, 16.02.08, 10 Uhr

Antifademo gegen Geschichtsrevisionismus und den Naziaufmarsch Dresden/Altmarkgalerie/Seestraße
www.venceremos.antifa.net

■ The strikes are back...

Streiks sind in! Egal ob Telekom, Hermes-Warehouse-Soulution oder bei der Bahn: im letzten Jahr wurde viel gestreikt. An vielen Stellen brodelten kleine Herde, die die herrschende Klasse ärgerten. Auch wenn viele Kämpfe defensiv und hauptsächlich auf den Erhalt des Status Quo aus waren, haben Kapital und Staat mit den Streiks zu spüren bekommen, dass der soziale Frieden im Kapitalismus auf Sand gebaut ist.

Dementsprechend wurde während des Bahnstreiks von Anfang an versucht, das elementare Mittel des Arbeitskampfes „den Streik“ mit allen, darunter auch juristischen Mitteln zu verhindern. Der GDL wurde vorgeworfen, das enge rechtliche Korsett dem das Streikrecht in Deutschland unterliegt, zu verlassen und keinen Abschluss erzielen zu wollen. Die Deutsche Bahn verlangte von der GDL die Aufgabe ihrer Forderungen, die sich eben nicht auf die Verteidigung eines Status Quo reduzierten, sondern wesentliche Verbesserungen beinhalteten. Dass die Lokführer eine Schlüsselposition in einer auf Mobilität angewiesenen Produktionsweise besitzen, hat sie in eine Offensivposition versetzt. Die Bedrohung für die herrschende Klasse war somit viel größer als bei dem Streik, der im September und Oktober bei der Hermes-Warehouse-Solution stattfand. Bei dem Logistikunternehmen, das zum Otto-Konzern gehört, kämpften die knapp 2.000 Beschäftigten in Haldensleben und Hamburg hauptsächlich gegen die Verschlechterung der Arbeitszeiten und für existenzsichernde Löhne. Die Defensivposition nutzten die Arbeitgeber aus und drohten kräftig mit Entlassungen. Das letztendlich erzielte Ergebnis blieb hinter den Erwartungen eines Großteils der Beschäftigten zurück. Anders bei dem Abschluss der Lokführer: Zentrale Forderungen wie ein weitgehend eigenständiger Tarifvertrag, Lohnsteigerungen und Arbeitszeitverkürzungen wurden erfüllt und könnten auf die durch Transnet und die GDBA vertretenen Bahn-Beschäftigten ausstrahlen.

Es ist offensichtlich, dass ein Streik in einem Logistik- Unternehmen nicht dieselbe gesellschaftliche Brisanz entfalten wird, wie ein Arbeitskampf bei der Bahn. Dennoch sind beide Streiks in ähnlicher Weise interessant, da sie schnell die be-

triebliche Ebene verließen und Fragen nach den Handlungsmöglichkeiten für linke UnterstützerInnen aufgeworfen haben. Während die gesellschaftliche Dimension bei der Bahn offensichtlich ist, wurde bei HWS durch StreikunterstützerInnen probiert, den Konflikt auszuweiten und die Unternehmensstruktur mit Aktionen vor zum Otto-Konzern gehörenden Geschäften unter Druck zu setzen. Anders als bei den Lokführern, deren miese Arbeitsbedingungen schnell ihren Weg in die Presse fanden, mussten diese beim HWS-Streik ohne Presseecho in kleinen Kundengebungen an die Öffentlichkeit kommuniziert werden. Die Aktionen haben zwar dazu geführt, dass in der HWS-Geschäftsführung einige Manager zu rotieren begannen, doch leider konnte nicht der Druck aufgebaut werden, der nötig gewesen wäre, um die Beschäftigten aus der Defensive zu helfen.

Zwischen den Stühlen

Dennoch haben die Aktionen gute Erfahrungen gebracht, an die sich anknüpfen lässt. Besonders mit den Erfahrungen im Rücken, die während des Kampfes der Lokführer gesammelt wurden. Denn gerade das Bahnbeispiel zeigt, dass sich bereits längst gesellschaftliche Brüche ereignet haben, die es für die Linke zu verfolgen gilt. Die DGB-Organisation Transnet und der Beamtenverein GDBA gingen gleich nach Beginn des Kampfes mit der Bahn auf Tuchfühlung und handelten schnell eine Lösung aus, die realistisch gesehen keine Verbesserung der Situation darstellte. Ausschlaggebend für das Handeln dürfte die Nähe des Transnet-Chefs zum Bahn-Management sein. Denn für ihn stellt z.Bsp. die Privatisierung und der Börsengang der Bahn kein Problem dar. Auch gingen die Lokführer nicht auf Tuchfühlung. Nachdem sie vor ein paar Jahren schon Forderungen

an die Kapitaleseite richteten und damals keine Reaktion hervorriefen bzw. keine Antwort erhielten, wollten sie diesmal die Forderungen expliziter und schärfer stellen und forderten so die Kapitaleseite heraus. Die Bedrohung wurde schnell erkannt und in Zeitungen wurde berichtet, wie viele Mio Euro Schaden pro Tag ein Bahnstreik der Wirtschaft kosten würde. Dennoch nahm die GDL das „Angebot“, das von Transnet/ GDBA ausgehandelt wurde, nicht an. Der DGB sah den Einzelgang der GDL von Anfang an kritisch. Es wurde befürchtet, dass der Alleingang nur auf Kosten der Belegschaft ausgetragen würde. D.h. selbst wenn es zu einer Verbesserung der BahnerInnen kommen würde, würde dies nur eine Umverteilung innerhalb der Belegschaft bedeuten. Somit kritisierte der DGB, dass die GDL nicht das Ganze im Blick hat und nur Einzelinteressen vertritt.

Und nun?

Trotz der Kritik hat sich die GDL nicht vom Kurs abbringen lassen. Sie konnte sogar Erfolge erzielen, wie die Verteidigung des Streiks als Arbeitskampfmittel. Auch hat sie gezeigt, dass eine klare Positionierung mit eigenen Forderungen und den Willen der Durchsetzung „trotz allen Schwierigkeiten“ die Kapitaleseite herausfordern kann. Denn die Lokführer haben es gegen die Propagandamachinerie der Bahn erreicht, dass die öffentliche Meinung den Streikenden eher positiv gesonnen war. Trotz dieser Erfolge ergeben sich zwei Sichtweisen aus antikapitalistischer Perspektive, die sich aus diesem Beispiel ableiten lassen: Zum ersten bedeutet dies, dass man dem scheinbaren Verschwinden der Einheitsgewerkschaften aus der Logik dieser Ereignisse keine Träne nachweinen muss. Denn sie streben so oder so die Sozialpartnerschaft an und bremsen die realen Wünsche und



Bedürfnisse der ArbeiterInnen aus. Die zweite Variante ist, dass es gerade jener Einheitsgewerkschaften bedarf, damit die Interessen aller Lohnabhängigen in den Blickpunkt kommen und kein Interesse auf Kosten von anderen geht. Diese Einheitsgewerkschaft müsste jedoch radikal verändert werden.

Den ganzen Kuchen...

Die GDL hat gezeigt, dass eine kleine Gewerkschaft den Tanker DGB ins Wanken und evtl. sogar verändern kann. Am Bahnbeispiel generell zeigt sich, dass Streiks Erfolg haben können und auch als politisches Instrument gesehen werden sollten. Denn würden BahnerInnen ihre zentrale Position in der Auseinandersetzung zwischen Kapital und Arbeit nutzen, so könnten weitreichendere Forderungen gestellt werden. Dazu müsste auch die GDL über den Tellerrand der bisherigen Gewerkschaftspolitik schauen und sich sehr viel deutlicher als bisher ge-

gen Bahn-Privatisierungsvorhaben durch Management und Bundesregierung positionieren. Denn Arbeitskampf kann weitaus mehr erreichen als nur die Inflationsrate auszugleichen. Auch wenn Forderungen, die das Hier und Jetzt wesentlich und spürbar verbessern, lohnenswert sind. Arbeitskampf als politisches Mittel kann jedoch mehr leisten. Denn Sicherheit ist nicht schlecht. Ob dies nun Forderungen nach sozialen Rechten, Bewegungs- und Kommunikationsfreiheit ist, sei dahingestellt. Sie würden jedoch über die Inflationsrate und den üblichen Prozentspielchen hinaus und auch in eine andere Gesellschaft reichen. Demnach wären die Forderungen der BahnerInnen nach 2.500€ vollkommen richtig. Jedoch sollte es nicht nur heißen 2.500€ für BahnerInnen, sondern 2.500€ für alle und zwar bedingungslos.

Fels-Sozial Ag